



Landesverband der
Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

STANDPUNKTE

01

2017



INHALT

- **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE:
OPTIMISTISCH INS NEUE JAHR**

- **FAHRVERBOTE IN STUTTGART:
DRINGLICHKEIT UND AUGENMAß**

Stuttgart, im März 2017

WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE: OPTIMISTISCH INS NEUE JAHR

Nach einem überraschend erfreulichen Jahresabschluss 2016 ist die Industrie in Deutschland und Baden-Württemberg mit Rückenwind in das neue Jahr gestartet. Für das erste Halbjahr stehen die Vorzeichen gut. Die allgemeine Verunsicherung durch Brexit, Trump und Co. schlägt sich (noch) nicht in den Kennzahlen nieder. Entsprechend ist auch die Stimmung in der baden-württembergischen Industrie so gut wie lange nicht mehr. Zudem scheint die Talsohle von Schwellenländern wie Russland und Brasilien erreicht, was zusätzlich positive Impulse bringen dürfte. Die Inflation hat sich auf einem gesunden Level eingependelt, die Rohstoffpreise ziehen langsam an. Ob sich der Kurs im Laufe des Jahres ändert, ist angesichts vielfältiger Unwägbarkeiten gegenwärtig nur schwer abzuschätzen.

Solider Abschluss – fliegender Start

Nach bisherigen Angaben des Statischen Landesamtes dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent gewachsen sein. Die Entwicklungen des ersten Quartals 2017 gestalten sich positiv und lassen auf ein gutes erstes Halbjahr hoffen. Das Landesamt geht auf Grundlage der aktuellen Entwicklungen von einem realen BIP-Wachstum in Höhe von 1,75 Prozent für 2017 aus. Damit läge das Wachstum im Südwesten wieder über dem Bundesschnitt.

Starker Dezember lässt Januar schlecht dastehen

Die Auftragseingänge der Industrie fielen im Januar 2017 gegenüber dem Dezember 2016 um - 2,5 Prozent. Sowohl Inlandskunden als auch das Ausland bestellten weniger. Der Rückgang aus dem Inland betrug - 6,2 Prozent gegenüber dem Vormonat Dezember. Der Rückgang aus dem Ausland - 0,2 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Eurozone ein Plus von 3,4 Prozent beisteuerte, während die Aufträge aus dem übrigen Ausland um - 2,2 Prozent zurückgingen. Selbstverständlich sind diese Zahlen vor dem Hintergrund starker Dezemberwerte zu sehen.

Umsatzentwicklung stabil

Im Januar 2017 war die Umsatzentwicklung in der baden-württembergischen Industrie im Vergleich zum Vormonat Dezember 2016 mit - 0,1 Prozent nahezu unverändert. Während der Binnenmarkt um - 2,9 Prozent einbrach, kamen positive Impulse aus dem Ausland (+ 2,4 Prozent). Diese teilten sich auf in + 1,6 Prozent aus der Eurozone und + 1,9 Prozent aus dem übrigen Ausland.

Stabile Inflation und Beschäftigung, Stimmung gut

Der Verbraucherpreisindex erreichte im Februar 2017 im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Wert von 2,2 Prozent. Damit setzt sich der seit Dezember letzten Jahres zu beobachtende Trend höherer Preissteigerungsraten auch im Februar fort. Mit einer Inflationsrate von mehr als 2 Prozent lag der Wert in Baden-Württemberg im Februar 2017 erstmals seit 2012 über dem von der Europäischen Zentralbank angestrebten Wert von 2 Prozent.

Im Januar ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg gestiegen. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag die Quote im Oktober bei 3,9 Prozent (Dezember: 3,6 Prozent). Die Arbeitslosenzahl stieg im Vergleich zum Vormonat um 17.777 (plus 8,2 Prozent) auf 233.668 Personen.

Seit Oktober 2011 war die Industrie allerdings nicht mehr so zufrieden mit ihrer Geschäftslage, und auch die zuletzt leicht negativen Tendenzen drehten sich ins Positive. Dabei wurden auch vom Auslandsgeschäft vermehrt neue Impulse erwartet. Die Firmen zeigten sich darüber hinaus sehr zufrieden mit ihren Auftragsbeständen und die Produktionspläne sind weiterhin auf Expansion ausgerichtet.

Solides Wachstum 2016 im Bund

Laut Angaben des Statistischen Bundesamts hat die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs zum Jahresende 2016 weiterverfolgt. Im vierten Quartal 2016 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 Prozent höher als im Vorquartal. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war damit im Jahr 2016 durch ein stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet (0,7 Prozent im ersten Quartal, 0,5 Prozent im zweiten Quartal und 0,1 Prozent im dritten Quartal). Für das gesamte Jahr 2016 ergibt sich daraus ein Anstieg von 1,9 Prozent (kalenderbereinigt: 1,8 Prozent).

Dämpfer bei Auftragseingängen

Die Auftragseingänge in der Industrie waren im Januar 2017 bereinigt um 7,4 Prozent niedriger als im Vormonat. Der preisbereinigte Auftragseingang ohne Großaufträge lag im Januar 2017 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 2,9 Prozent unter dem des Vormonats. Ferner verringerten sich die Aufträge aus dem Inland im Vergleich zum Vormonat um 10,5 Prozent. Die Auslandsaufträge nahmen um 4,9 Prozent ab. Dabei fielen die Auftragseingänge aus der Eurozone gegenüber Dezember 2016 um 7,8 Prozent, die Auftragseingänge aus dem restlichen Ausland um 2,9 Prozent.

Umsatzentwicklung positiv

Der preisbereinigte Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag nach vorläufigen Angaben im Januar 2017 um 3,7 Prozent höher als im Vormonat Dezember. Für Dezember 2016 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Rückgang um 2,8 Prozent gegenüber November 2016 .

Inflation und Arbeitsmarkt stabil, Stimmung sehr gut

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Februar 2017 um 2,2 Prozent über dem Vorjahresmonat. Damit zieht die Inflationsrate weiter an (Januar 2017: + 1,9 Prozent; Dezember 2016: + 1,7 Prozent). Eine Inflationsrate über zwei Prozent hatte es zuletzt im August 2012 mit ebenfalls + 2,2 Prozent gegeben.

Die Arbeitslosigkeit sah im Vergleich zum Vormonat um 0,6 Prozent und gegenüber dem Vorjahresmonat um deutliche 5,1 Prozent auf 2,8 Mio. Die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit stieg im Vergleich zum Vormonat um 1,0 Prozent und zum Vorjahresmonat um 1,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote betrug 6,3 Prozent, die Unterbeschäftigungsquote 8,4 Prozent.

Die Stimmung in den Betrieben der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar von 109,9 auf 111,0 Punkte. So gute Stimmung herrschte das letzte Mal im August 2011. Auch der Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate nahm wieder zu. Die deutsche Wirtschaft wägt sich auf einem gutem Kurs.

Brancheneinschätzungen solide

Wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) berichtet, ist der Jahresauftakt 2017 gelungen: Die Auftragseingänge im baden-württembergischen Maschinenbau lagen demnach im Januar insgesamt 12 Prozent über dem Vorjahresmonat. Dem Ausland kommt dabei mit einem Plus von 14 Prozent ein stärkeres Gewicht zu als dem Inland (Euro-Raum: + 23 Prozent, Nicht-Euro-Raum: + 11 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland wuchsen im Januar um neun Prozent. Auch der statistisch stabilere Drei-Monats-Zeitraum November 2016 bis Januar 2017 wies in Baden-Württemberg ein deutliches Orderplus von 15 Prozent auf. Im Land habe man in den letzten Monaten klare Zuwächse verzeichnet. Die Stimmung im In- und Ausland helle sich auf, Investitionen würden angegangen. Globale Unsicherheiten machten die weitere Entwicklung zwar schwer einschätzbar. Der gelungene Jahresanfang mache für das laufende Jahr vorsichtig optimistisch.

Nach Angaben des **Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA)** lagen die Pkw-Neuzulassungen in Deutschland im Februar bei 243.600 Pkw (- 3 Prozent). Im bisherigen Jahresverlauf stieg der Pkw-Inlandsmarkt um knapp 4 Prozent auf rund 485.000 Neuwagen. Damit wurde in den ersten beiden Monaten das höchste Absatzniveau seit dem Jahr 2000 erreicht. Der inländische Auftragseingang ging im Februar um 7 Prozent zurück, auch hier wirkte sich die geringere Zahl an Arbeitstagen aus. Der Pkw-Export erreichte im Februar ein Volumen von 380.700 Einheiten (- 5 Prozent). Entsprechend entwickelte sich die Inlandsproduktion mit 492.100 Fahrzeugen (- 7 Prozent). Im bisherigen Jahresverlauf liegen sowohl Export als auch Produktion über Vorjahr. Der Auslandsauftragseingang lag im Februar um 5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Auf dem US-Light-Vehicle-Markt zeigten sich die deutschen Marken im Februar deutlich stärker als der Gesamtmarkt. Während dieser um 1 Prozent auf gut 1,3 Mio. Light Vehicles zurückging, erhöhten die deutschen Hersteller ihre Neuwagenverkäufe um 7 Prozent auf über 94.600 Einheiten. Sowohl im Pkw- als auch im Light-Truck-Segment schnitten die deutschen Hersteller besser ab als der Gesamtmarkt. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im bisherigen Jahresverlauf (Januar-Februar): Die deutschen Hersteller konnten ihren Light-Vehicle-Absatz um 7 Prozent steigern, der Gesamtmarkt hingegen wies einen Rückgang um gut 1 Prozent auf. Der VDA ist überzeugt, dass der globale Automobilmarkt weiter wächst, auch die Produktion von Pkw und Nutzfahrzeugen. Die globale Automobilindustrie stehe aber vor großen Herausforderungen: Der weltweite Wettbewerb werde härter. Die Mobilitätsanforderungen sind heute differenzierter als in der Vergangenheit.

Nach Erhebungen des **Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** ist die deutsche Elektroindustrie mit einem ordentlichen Auftragsplus in das neue Jahr gestartet. Die Bestellungen der Branche mit insgesamt 847.000 Inlandsbeschäftigten lagen im Januar 2017 um 7,0 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlands- und die Auslandsaufträge legten dabei gleichermaßen stark zu. Erstere stiegen um 7,1 Prozent gegenüber Vorjahr, letztere um 6,9 Prozent. Während die Kunden aus der Eurozone ihre Bestellungen im Januar d.J. um satte 14,5 Prozent erhöhten, fiel der Zuwachs bei den Orders aus Drittländern mit plus 2,7 Prozent vergleichsweise deutlich moderater aus. Im gesamten vergangenen Jahr hatten die Auftragseingänge leicht um 1,0 Prozent nachgegeben. Im Januar 2016 waren sie kaum über eine Stagnation hinausgekommen. Die Produktion der deutschen Elektrounternehmen hat ihren Vorjahreswert im Januar 2017 gleich um 14,8 Prozent übertroffen und damit ebenfalls einen günstigen Einstieg ins neue Jahr hingelegt. Für das abgelaufene Jahr 2016 wurde das reale Produktionswachstum der Branche leicht auf +1,2 Prozent nach oben revidiert. Die Produktionspläne der heimischen Elektrounternehmen sind im Februar d.J. auf den höchsten Stand seit fast zwei Jahren angestiegen. Für dieses Jahr rechnet der ZVEI mit einem realen Produktionszuwachs der Elektrobranche um 1,5 Prozent. Allen globalen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten zum Trotz ist das Geschäftsklima in der deutschen Elektroindustrie auch im Februar merklich gestiegen. Seit nunmehr sechs Monaten tendiert es aufwärts. Sowohl die aktuelle Lagebewertung als auch die allgemeinen Geschäftserwartungen verbesserten sich im Februar deutlich. 45 Prozent der heimischen Elektrounternehmen beurteilen ihre gegenwärtige Lage als gut, 47 Prozent als stabil und nur 8 Prozent als schlecht. Was die Erwartungen für die nächsten sechs Monate anbelangt, so gehen 28 Prozent der Branchenfirmen von anziehenden Geschäften aus, 65 Prozent von gleichbleibenden und lediglich 7 Prozent von rückläufigen. Der Saldo aus positiven und negativen Antworten erhöhte sich hier gegenüber dem Vormonat von 14 auf 21 Prozentpunkte. Die Exporterwartungen der Unternehmen zogen im Februar unterm Strich ebenfalls an.

Laut **Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)** ist das wenig dynamische Geschäftsjahr 2016 für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland mit einem versöhnlichen vierten Quartal zu Ende gegangen. Das geht aus dem aktuellen Quartalsbericht hervor, den der Verband der Chemischen Industrie (VCI) veröffentlicht hat. Die Produktion von Chemikalien blieb demnach gegenüber dem Vorquartal nahezu stabil. Der Branchenumsatz stieg hingegen zum zweiten Mal in Folge, unter anderem weil sich Chemieprodukte aufgrund steigender Ölpreise weiter verteuerten. Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Handel mit Asien und Nordamerika, während das Inlandsgeschäft insgesamt noch nicht in Schwung kam. In der Spezial- und Konsumchemie sowie bei

Pharmazeutika setzte sich der Aufwärtstrend durch. Man lebe in wirtschaftlich schwer vorhersagbaren Zeiten. Zum einen befindet sich der Welthandel weiterhin in einer Schwächephase. Zum anderen sieht sich die EU mit dem Brexit sowie zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund entwickle sich die industrielle Nachfrage nach Chemikalien wenig dynamisch. Das deutsche Chemiegeschäft wachse langsam. Der Umsatz der Branche verbesserte sich aufgrund der gestiegenen Preise im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 1,6 Prozent auf 43,1 Milliarden Euro. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft konnte dabei zulegen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Umsatz unverändert. Der VCI geht für 2017 weiterhin von einem Anstieg der Chemieproduktion um 0,5 Prozent aus. Die Chemikalienpreise werden voraussichtlich 1 Prozent zulegen, wodurch der Branchenumsatz um 1,5 Prozent auf 185,7 Milliarden Euro steigt.

Gemäß Angaben des **Bundesverbands Druck und Medien e.V. (BVDM)** lag das Geschäftsklima in der Druck und Medienbranche im Februar 2017 1,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Gegenüber Januar 2017 ist der saisonbereinigte Index allerdings um 1,3 Prozent auf 104,5 Punkte gesunken. Dabei beurteilten die Druckerunternehmen ihre aktuelle und zukünftige Geschäftslage unterschiedlich: Die aktuelle Situation wurde zum zweiten Mal in Folge positiv beurteilt. Der entsprechende Index lag mit 115,6 Punkten 2,6 Prozent über dem Januarstand 2017 und 3,0 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Beurteilung der Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate lag leicht über dem Vorjahresniveau (0,3 Prozent), verschlechterte sich jedoch zum Vormonatsergebnis um 4,5 Prozent. Der entsprechende Index sank von 98,9 im Januar 2017 auf derzeitige 94,4 Punkte. Im Februar 2017 überschattete demnach die Skepsis die positive Lageempfindung, sodass das Geschäftsklima gegenüber Januar 2017 im Minus lag. Maßgeblich für die grundsätzlich positive Lagebeurteilung dürfte die von Druckunternehmen deutlich positiver beurteilte Entwicklung ihrer Verkaufspreise gewesen sein. Zusätzlich berichteten die exportierenden Unternehmen von deutlich gestiegenen Auslandsaufträgen. Die skeptischen Erwartungen scheinen hingegen ungewöhnlich stark von der für die Druckbranche eher ertragsarmen Sommersaison beeinflusst worden zu sein.

Der **Verband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie Baden-Württemberg e.V. (VPI)** berichtet über ein Umsatzplus für 2016 von 2,9 Prozent gegenüber 2015. Hierbei hätten sich die einzelnen Fachsparten unterschiedlich entwickelt. Nach vier Umsatzrückgängen der Branche in Folge, habe sich die Situation in 2016 wieder etwas stabiler gezeigt. So konnte der negative Trend im vergangenen Jahr gestoppt werden, der bundesweite Umsatz stieg entsprechend um 0,8 Prozent gegenüber 2015. Ausschlagegebend war hierfür insbesondere die bessere Entwicklung im Auslandsgeschäft. Im Bundesdurchschnitt

habe die Kapazitätsauslastung rund 1 Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen. Die Beschäftigtenzahlen hingegen seien weiterhin stabil. Die Erwartungen für die Geschäftslage für das angelaufene Jahr 2017 sind etwas optimistischer als im Vorjahr.

Laut **Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)** spiegeln sich die zum Jahresende 2016 vom Statistischen Bundesamt gemeldeten hohen Auftragsbestände auch in der monatlichen Umfrage des ZDB unter seinen Mitgliedsbetrieben zum Jahresbeginn wieder. Die Geschäftslage wird in allen Baupartnern ganz überwiegend als gut bis befriedigend beschrieben. Ausgesprochen gute Beurteilungen bekommen der Wohnungsbau aber auch der Wirtschaftsbau. Im öffentlichen Hoch- und Tiefbau wird die Lage erkennbar besser beurteilt als vor Jahresfrist. Dies dürfte nicht zuletzt auf die Wirksamkeit des Investitionshochlaufes bei der Infrastruktur als auch die Ausstattung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds mit 7 Mrd. € für Hochbaumaßnahmen zurückzuführen sein. Das Wetter hat auch in diesem Jahr eine Bauproduktion bereits wieder weitgehend ermöglicht. So fiel der Januar zwar kalt aber trocken aus, im Februar waren einige Landesteile von größeren Niederschlägen betroffen. Bei insgesamt aber milder Witterung melden die Unternehmen eine anziehende Bautätigkeit. Die Auftragsbestände fallen im Tiefbau mit fast 2,5 Monaten um ca. einen halben Monat höher aus als vor einem Jahr. Die Auftragsbestände im Hochbau liegen mit fast 4 Monaten um ca. einen Monat über dem Vorjahresniveau. Die Geräteauslastung ist zu diesem frühen Jahreszeitpunkt sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau als hoch zu charakterisieren. Im Tiefbau werden knapp 60 Prozent und im Hochbau gut 65 Prozent Auslastung gemeldet. Entsprechend ist auch die Investitionsneigung als nachhaltig zu bezeichnen. Für die nächsten drei Monate wird mit einer weiter zunehmenden Auftragsentwicklung und Geschäftstätigkeit gerechnet. Die Bemühungen Personal zu gewinnen halten an.

Wie der **BDG - Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie** mit den vorläufigen Jahresenddaten 2016 berichtet, schließen die *Eisen- und Stahlgießereien* die Bücher eines äußerst bescheidenen Jahres. Der Blick voraus signalisiert keine gradlinige Entwicklung bei Orders, die in der Jahresbilanz unter dem 2015er Niveau liegen. In Teilbereichen wie der Windkraftindustrie stimmen zumindest die Volumina. Der Werkzeugmaschinenbau läuft auch "ganz ansehnlich", und auch die Bau nahen Bereiche sollten 2017 Impulse setzen können. Das tröstet nicht in der Breite der Gießereien, dennoch verdeutlicht dies, dass immer die unternehmensindividuelle Situation bewertet werden sollte. Anders sieht es im Fahrzeugbau aus, wo die produzierte Zahl der Pkw sicher auf höchstem Niveau verharrt, aber ein immenser Preisdruck und Werkstoffwettbewerb die Situation prägt. Im Jahr 2016 registrierten die *Eisengießereien* einen Auftragseingang, der 5 Prozent unter dem Vorjahr liegt. Die Hersteller von Komponenten aus Duk-

tilem Gusseisen verbuchten Orders in Höhe von knapp 1 Prozent über (!) dem Vorjahreszeitraum. Bei den *Stahlgießereien* sank der Bestelleingang um knapp 6 Prozent gegenüber 2015, bei unverändert hohen monatlichen Schwankungen. Die Bestellungen aus dem Straßenfahrzeugbau lagen um 1 Prozent unter den Wert des Vorjahres. Die Nachfrage aus dem Maschinenbau erreichte ein Volumen, welches sich um gut 5 Prozent unter dem Niveau von Januar bis Dezember 2015 bewegt. Die Bestellungen „Sonstiger Komponenten aus Eisen- und Stahlguss“ erreichten ein Volumen, welches das 2015er Niveau um 4 Prozent unterschreitet. Die Exporte lagen damit 6 Prozent unter dem 2015er Wert. Die Orderreserven lagen Ende Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt auf 4 Prozent höherem Niveau. Die *NE-Metallgießereien* können auf ein neues Rekordjahr zurückblicken. Die alles dominierenden Aluminiumgießereien profitierten dabei enorm von der gut laufenden Fahrzeugbaukonjunktur und fertigten allein schon 1,097 Mio t Gusskomponenten. Allerdings hängen die Trauben für das Jahr 2017 evtl. doch etwas höher. Dauerhafte positive Wachstumsraten sind nicht in Stein gemeißelt. Positiv stimmt jedoch der unverändert hohe Auftragsbestand. Wie bei den Eisen- und Stahlgießereien gilt aber auch im NE-Metallsektor: Die individuelle Aufstellung entscheidet. Was der Markt im Aluminiumguss signalisiert, gilt nicht für alle Gussverfahren gleichermaßen. In einigen Bereichen zeigt sich der Markt sehr differenziert.

Die *Aluminiumgießereien* registrierten für das Jahr 2016 einen um fast 12 Prozent höheren Auftragseingang als im Jahr zuvor. Die Magnesiumgießereien meldeten demgegenüber ein Orderplus von 21 Prozent. Die Gießereien, welche *Kupferlegierungen* verarbeiten, verbuchten ein Auftragsplus von 5 Prozent. Die Aufträge bei den *Zinkgießereien* stiegen um 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Orderreserven lagen Ende Dezember 2016 rechnerisch bei ca. 412 700 t. Die durchschnittliche kalkulatorische Reichweite der Auftragsbestände, gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion 2016, blieb mit gut 4 Monaten stabil.

Ausblick:

Trotz des konjunkturellen Zick-Zack-Kurses im vergangenen Jahr fiel die Leistung der heimischen Industrie besser aus als Mitte 2016 erwartet. Erfolgreich wurden globale Risiken weitestgehend umfahren. Die zum Ende 2016 aufgenommene Fahrt wird voraussichtlich im ersten Halbjahr anhalten. Was konjunkturell danach kommt, ist hingegen immer weniger klar – zu vielfältig sind die Unwägbarkeiten insbesondere politischer Art, zu groß die Fragezeichen bei den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der Branchenüberblick zeigt, dass die Schlüsselbranchen des Landes mit Schwung ins neue Jahr hineingegangen sind und optimistisch in die Zukunft sehen. Hinzu kommen positive Signale von bisher darniederliegenden Wachstumsmärkten wie Südamerika und Russland. Viel wird weltwirtschaftlich aber davon abhängen, wie sich die USA konjunkturell entwickelt.

Die deutsche Politik macht es den Industrieunternehmen jedoch nicht leicht, mittel- und langfristig erfolgreich zu bleiben. Zu viele Sonderposten durch Energie- wende, Verkehrswende oder soziale Ausgleichsmaßnahmen werden auf die Unternehmen abgewälzt. Langfristig werden die Konsequenzen nicht entwicklungs- fördernd sein. Für Baden-Württemberg ist die Diskussion um den Verbren- nungsmotor von besonderer Brisanz; schließlich leben viele, gerade mittelständische Zulieferer, vom Verbrennungsmotor. Administrative Eingriffe wie Technolo- gieverbote wären katastrophal für die baden-württembergische Industrie.

Das zeigt sich am Investitionsverhalten der Unternehmen, das weiterhin ge- hemmt ist. Zudem nehmen Beschwerden und Hinweise aus der Industrie zu, dass Baden-Württemberg auch aufgrund administrativer Abläufe, beispielsweise bei Genehmigungsverfahren, gegenüber anderen Bundesländern für Unterneh- men an Attraktivität verliere.

Angesichts der kurzfristigen konjunkturellen Anzeichen geht der LVI für 2017 eher von einem zufriedenstellenden Wachstum aus. Bundesweit rechnen wir mit einem BIP-Wachstum von 1,9 Prozent. Stärker werden sich die Impulse aus dem Ausland auf Baden-Württemberg auswirken, daher rechnen wir im Land mit ei- nem leicht darüber liegenden Wachstum von rund 2 Prozent.

FAHRVERBOTE IN STUTTGART: DRINGLICHKEIT UND AUGENMAß

Die Landesregierung hat im Februar ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Luftqualität in der Landeshauptstadt Stuttgart angekündigt. Neben einigen anderen Vorhaben enthält es bereits ab Anfang 2018, in weniger als zehn Monaten, an sogenannten Feinstaubtagen ein Fahrverbot für teilweise noch sehr neue Diesel-Pkw auf Teilen des Stuttgarter Straßennetzes. Die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Wirtschaftstätigkeit am Standort Stuttgart wären zweifellos beträchtlich und schossen aus Sicht des LVI über das Ziel hinaus: Zum einen sind sie geeignet, das Funktionieren des Systems Stadt zu gefährden, zum anderen ignorieren sie den Vertrauensschutz all jener Bürger, deren 2015 gekauftes Fahrzeug bereits zweieinhalb Jahre später zum Teil tagelang ganz oder teilweise von der Nutzung ausgeschlossen werden soll. Gleichzeitig stellen sie einen weiteren Baustein in einer sachlich nicht gerechtfertigten allgemeinen Stimmungslage gegen den Dieselmotor dar.

Es versteht sich von selbst, dass die baden-württembergische Industrie eine Verbesserung der Luftqualität und konkret eine Senkung der Immissionswerte in Stuttgart für richtig hält – die Industrie selbst hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durch vielfältige technologische Weiterentwicklungen ihren Teil zu wesentlichen Verbesserungen beigetragen. Die jüngsten Entwicklungen weisen darauf hin, dass das Problem der NO_x-Belastung durch Dieselfahrzeuge mit dem nächsten Flottenaustausch binnen weniger Jahre gelöst sein wird.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass verschiedene gesetzgeberische und rechtliche Rahmenbedingungen die Landesregierung, wie auch das Regierungspräsidium und die Stadt Stuttgart, mit steigendem Druck zum Handeln zwingen. Natürlich wird an der einen oder anderen Stelle darüber diskutiert, ob die Landesregierung mit dem vor dem Verwaltungsgericht geschlossenen Vergleich, aus dem ein Teil der Auflagen resultiert, die bestmögliche Entscheidung getroffen hat; allerdings erscheint diese Debatte nicht zielführend – Fakt ist, dass kurzfristig Maßnahmen ergriffen werden.

Das wissenschaftliche Wirkungsgutachten im Auftrag des RP Stuttgart, in dem verschiedene Instrumente untersucht wurden, erscheint sinnvoll und führt mit einer gewissen Logik zu den nun vorgestellten Maßnahmen. Maßnahmen allerdings, die ihrerseits gravierende Auswirkungen hätten. Fahrverbote schaden dem Standort Stuttgart und mittelbar auch dem Standort Baden-Württemberg, indem

sie das Funktionieren der Wirtschaftstätigkeit gefährden. Die Sicherstellung der Versorgung der Stadt, sowohl der Bürger wie auch der Unternehmen, wird in Frage gestellt, viele Mitarbeiter müssten über unverhältnismäßige Umwege oder unter sonstigen Erschwernissen zur Arbeit gelangen, und quasi nebenbei hätten Besitzer bestimmter Fahrzeuge eine stille Teilenteignung hinzunehmen. Ganz zu schweigen von Logistikverkehren entlang von unterbrochenen Wertschöpfungsketten der Industrie, von verzögerten Produktionsabläufen und letztlich Minderungen der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Dessen ungeachtet zeichnet sich ab, dass Fahrverbote von der Landesregierung als unvermeidlich betrachtet und letztlich wohl auch umgesetzt werden. Umso wichtiger ist es aus Sicht des LVI, sich die Folgen dieser Maßnahme für das Funktionieren des Systems Stadt zu vergegenwärtigen und insbesondere mit Blick auf die Versorgungslage weitreichende Ausnahmeregelungen zu formulieren. Zuallererst gälte es indes, das von den Verboten betroffene Streckennetz sehr eng zu halten und sich insbesondere auf die gerichtlich angeordneten Knotenpunkte zu konzentrieren.

Im zweiten Schritt ist nochmals der Blick auf die gewählte Abgasnorm zu richten: Es ist aus Sicht eines Kunden, sei es eine Privatperson oder ein Unternehmen, nicht hinnehmbar, dass ein Fahrzeug der Klasse Euro V, das er bis zum Herbst 2015 in gutem Glauben an bestehende Regelungen und den geltenden Stand der Technik gekauft hat, bereits zweieinhalb Jahre später an bestimmten Tagen de facto ganz oder teilweise von der Nutzung ausgeschlossen werden soll. Hier bedarf es dringend einer angemessenen Übergangsfrist von mehreren Jahren für den Betrieb des Fahrzeuges auf dem Straßennetz der Stadt Stuttgart.

Weiterhin liegt es auf der Hand, dass für eine funktionierende Stadt Stuttgart vielfältige Ausnahmen für den wirtschaftsbezogenen Verkehr notwendig sind. Inwieweit die seitens der Stadt und des Landes angedachten Regelungen für den sogenannten Lieferverkehr hier ausreichen, ist mit einem Fragezeichen zu versehen und wird spätestens im Zuge der Anhörung zum Maßnahmenpaket, aber auch in vielfältigen direkten Gesprächen –, in die der LVI bereits bisher eingebunden war –, zu diskutieren sein.

Offen ist weiterhin, wie die Fahrverbote und mit Ihnen die Ausnahmegenehmigungen geregelt werden sollen. Die Landesregierung plädiert für die sogenannte blaue Plakette, die im Vergleich zum sogenannten Luftreinhaltenetz einen geringeren Verwaltungsaufwand, höhere Flexibilität und auch eine einfachere Kontrolle und Sanktionierung bedeuten würde, die aber eine entsprechende Entscheidung des Bundes erfordern würde, auf die derzeit nur wenig hinweist. Aus Sicht des LVI lässt sich festhalten, dass es für den Fall von Fahrverboten eine Reihe

guter Argumente für eine Regelung mit Hilfe der blauen Plakette anstelle eines Luftreinhaltensnetzes zu beachten gilt – unter der Voraussetzung, dass weitreichende Ausnahmen und eine angemessene Übergangsfrist festgeschrieben werden.

Unabhängig von den genannten kurzfristigen Maßnahmen zur Einhaltung rechtlicher Vorgaben bleibt die Forderung nach grundsätzlichen Verbesserungen, um die Schadstoffe weiter zu verringern. So könnten infrastrukturelle Verbesserungen die Stuttgarter Innenstadt nennenswert entlasten – der sogenannte Nordost-ring und die Filderauffahrt brächten, wenn auch nur auf lange Sicht, zweifellos sehr bemerkenswerte Effekte mit sich.

Zudem bedarf es vielfältiger anderer, auch kurzfristig umzusetzender Maßnahmen, um die Schadstoffe in der Stuttgarter Luft auch über die Feinstaubtage hinaus strukturell zu verbessern, sei es eine konsequentere Elektrifizierung von Verteilerverkehr und des ÖPNV, seien es infrastrukturelle Maßnahmen wie eine Verbesserung der Park-and-Ride-Situation oder seien es Bemühungen um einen weiter verbesserten Verkehrsfluss zur Verringerung staubedingter Emissionen.

Abschließend sei noch einmal auf die grundsätzliche Position der Industrie hingewiesen, wonach Verbote keine Lösung sind, um eine – zumeist quantifizierbare – Herausforderung anzugehen: Sie setzen keinen Anreiz, nach den besten Lösungen zu suchen. Klar benannte Grenzwerte mit angemessenem zeitlichem Vorlauf, ohne Technologievorgaben oder gar Verbote sind mit neutralem Blick auf die Ergebnisse klar vorzuziehen. Deutschland und Baden-Württemberg sind viele Jahre lang gut gefahren mit einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Produkten und Technologien, bei dem letztlich der souveräne Konsument entscheidet.

De facto wird diese rein rationale Vorgehensweise zum Teil von externen Faktoren überlagert, wie im Fall der Luftreinhaltung in Stuttgart durch abrupte gerichtliche Vorgaben, oder aber durch den politischen Willen – als Beispiel hierfür sei die sogenannte Mobilitätswende genannt, die in den vergangenen Jahren bestehende Gestaltungsmöglichkeiten sowohl durch die Forderung nach Technologievorgaben als auch durch die angedrohten Technologieverbote auszuhebeln versuchte.

Dabei bestehen weiterhin verschiedenste Möglichkeiten, die Wettbewerbsvorteile der hiesigen Industrie nicht vorschnell und ohne Not aus der Hand zu geben. Anstatt der Industrie zu attestieren, sie habe „die Elektromobilität verschlafen“, könnte man ihr beispielsweise zugestehen, dass sie parallel auch weiterhin nach

anderen Wegen sucht, den CO₂-Ausstoß zu verringern, ohne sich von vornherein auf eine Technologie festzulegen.

Unbedingt zu beachten ist die Bedeutung der Zulieferindustrie an unserem Standort – die Abhängigkeit zahlreicher Unternehmen vom Verbrennungsmotor ist enorm: Hersteller von Motoren, Abgasleitungen, Kolben, Kupplungen oder Getrieben können nicht ad hoc Produzenten von Batterien oder Batteriezellen werden. In vielen Fällen arbeiten sie seit Jahren an neuen Strategien und Geschäftsfeldern, und werden noch einige Zeit daran arbeiten müssen, um auch mittelfristig am Markt bestehen und Arbeitsplätze bieten zu können. Dass die Diskussion über die Zukunft des Verbrennungsmotors die Unsicherheit der Belegschaften in der Automobilindustrie unnötig vergrößert, ist in diesem Zusammenhang ein unschöner Nebeneffekt.

Aus Sicht des LVI wäre es wichtig, die Umsetzung der Mobilitätswende im engen Dialog aller beteiligten Akteure zu begleiten. Selbstverständlich steht der LVI für einen solchen Dialog jederzeit zur Verfügung.

HERAUSGEGEBEN VOM LANDESVERBAND DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE E.V.
GERHARD-KOCH-STRASSE 2-4 · 73760 OSTFILDERN · TELEFON: 0711 - 32 73 25 0 · TELEFAX: 0711 - 32 73 25 69
WWW.LVI.DE · INFO@LVI.DE

